

Änderungsantrag

Hannover, den 02.11.2018

Fraktion der SPD
Fraktion der CDU
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Fraktion der FDP

Hausärztliche Versorgung flächendeckend in Niedersachsen sicherstellen

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU - Drs. 18/1401

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - Drs. 18/2040

Der Landtag wolle den Antrag in folgender Fassung beschließen:

EntschlieÙung

Der Landtag stellt fest:

Eine wohnortnahe, qualitativ hochwertige medizinische Versorgung muss ein wichtiges Ziel der Gesundheitspolitik sein. Um einem Mangel an Haus- und Fachärztinnen und -ärzten vor allem im ländlichen Bereich vorzubeugen, müssen rechtzeitig Maßnahmen ergriffen werden.

Deshalb fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. den Ausbau der Studienplätze für Medizin zügig voranzutreiben,
2. durch die verstärkte Kooperation mit Kliniken in Niedersachsen mehr Studienplätze im Bereich der klinischen Ausbildung zu schaffen,
3. darauf hinzuwirken, dass im klinischen Semester über das Land verteilt weiterhin die Ausbildung erfolgt,
4. Ausbildungsphasen in den Arztpraxen verstärkt zu ermöglichen. Der longitudinale Aufbau der allgemeinmedizinischen Lehrveranstaltungen soll im Medizinstudium verankert werden durch z. B. regelmäßig wiederkehrende Hospitationen in allgemeinmedizinischen Praxen von Beginn des Medizinstudiums an, durch die Ableistung von Praktika in der hausärztlichen Versorgung und bei Fachärztinnen und Fachärzten - bevorzugt in ländlichen Regionen.
5. darauf hinzuwirken, dass ein Modell „Hausärztliche Versorgung“ in der KVN geschaffen wird, in dem (Nachwuchs-)Ärztinnen und Ärzte beim Übergang vom Studium zur Weiterbildung und von der Weiterbildung zur Niederlassung begleitet und unterstützt werden,
6. die Maßnahmen zur flächendeckenden Versorgung mit Hausärztinnen und Hausärzten in Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung weiterzuentwickeln, beispielsweise die Gründung von Behandlungseinrichtungen zu unterstützen, in denen in kooperativer Berufsausübung Arbeitsmöglichkeiten für junge Medizinerinnen und Mediziner geschaffen werden. Hierzu gehören sowohl Berufsausbildungsgemeinschaften als auch alle rechtlich zulässigen Formen der Kooperation; dabei sollen die Erfahrungen anderer Bundesländer mit entsprechenden Förderprogrammen einbezogen werden,
7. in Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung und den Verbänden der Gesetzlichen Krankenversicherung zu prüfen, wie die Lotsenfunktion von Hausärztinnen und Hausärzten in Niedersachsen weiter gestärkt werden kann,
8. die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch die Förderung von Betreuungsmöglichkeiten für Kinder weiter zu verbessern,

9. die kommunalen ÖPNV-Aufgabenträger im ländlichen Raum dabei zu unterstützen, dass verstärkt bedarfsgerechte Mobilitätsleistungen angeboten werden, die auch Arztpraxen und die Standorte zur medizinischen Versorgung berücksichtigen; dabei ist eine Bündelung von Daseinsvorsorgeeinrichtungen in Orten wünschenswert.
10. darauf hinzuwirken, dass eine dem Flächenland Niedersachsen angemessene Bedarfsplanung für die Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten realisiert werden kann, um Fahrtwege zumutbar zu halten,
11. den Einsatz von Versorgungsassistentinnen und -assistenten in Hausarztpraxen und die verstärkte Zusammenarbeit mit Pflegediensten einschließlich der Substitution von Tätigkeiten zu fördern,
12. sich für die Förderung von Techniken zur Entlastung und Unterstützung von Hausärztinnen und Hausärzten und anderen an der Versorgung beteiligten Berufsgruppen einzusetzen,
13. eine Strategie für die Digitalisierung des Gesundheitswesens in Niedersachsen unter Beteiligung von Patienten und Patientinnen zu erarbeiten, die die infrastrukturellen Voraussetzungen (u. a. Breitbandausbau) und die Ausweitung der Telemedizin beinhaltet,
14. sich dafür einzusetzen, dass das Fernbehandlungs- und Verschreibungsverbot in geeigneter Weise modifiziert wird.

Begründung

Der demografische Wandel führt zu einem Anstieg des Anteils älterer Menschen an der Bevölkerung. Diese Personen sind vor allem aufgrund chronischer Krankheiten verstärkt auf Ärztinnen und Ärzte angewiesen. Gleichzeitig werden altersbedingt in den kommenden Jahren viele Ärztinnen und Ärzte aus dem Berufsleben ausscheiden. Deshalb ist es wichtig, ausreichend Ärztinnen und Ärzte auszubilden und ihnen frühzeitig während des Studiums die interessantesten Perspektiven in einer Praxis zu vermitteln. Anreize, Entlastungen und Bürokratieabbau sollen diese Maßnahmen zur Sicherstellung einer wohnortnahen Versorgung unterstützen. Es ist sinnvoll, den in Erarbeitung befindlichen Daseinsvorsorgeatlas Niedersachsen als Planungsgrundlage für mögliche weitere Maßnahmen hinzuzuziehen.

Für die Fraktion der SPD

Wiard Siebels
Parlamentarischer Geschäftsführer

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Helge Limburg
Parlamentarischer Geschäftsführer

Für die Fraktion der CDU

Dirk Toepffer
Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion der FDP

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer